



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, Inhaber der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

BIP-Rückgang um 5,2 %

Der Absturz der deutschen Wirtschaft verläuft glimpflicher als gedacht. Sie wird in diesem Jahr laut ifo Institut um 5,2 % schrumpfen. Im Sommer hatten die Forscher noch minus 6,7 % vorhergesagt. Dafür wird das Wachstum der Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr geringer ausfallen: ifo rechnet nun mit 5,1 % statt 6,4 %. Für 2022 wird ein Plus von 1,7 % erwartet. Derzeit sei die Unsicherheit bei den Prognosen noch sehr groß, weil niemand wisse, wie die Corona-Pandemie weiter verläuft, ob es nicht doch noch einen harten Brexit gibt und ob die Handelskriege beigelegt werden. Die Zahl der Arbeitslosen wird von durchschnittlich 2,3 Millionen im vergangenen Jahr auf 2,7 Millionen im laufenden Jahr steigen. Im kommenden Jahr wird sie auf 2,6 Millionen zurückgehen und 2022 2,5 Millionen betragen. Damit erhöht sich die Quote in diesem Jahr von 5,0 Prozent auf 5,9 Prozent. 2021 sinkt sie auf 5,7 Prozent und im übernächsten Jahr auf 5,5 Prozent. Der Überschuss des Staates von 52,5 Milliarden Euro im Jahr 2019 stürzt in diesem Jahr auf minus 170,6 Milliarden, weil die Ausgaben wegen der Stützung der Wirtschaft drastisch steigen und die Einnahmen sinken. Im kommenden Jahr wird der Fehlbetrag noch 86,9 Milliarden erreichen, im übernächsten 68,4 Milliarden. Ein finanzpolitisches Konzept, wie diese Wahnsinnschulden in den nächsten Jahren abgebaut werden können, ist nicht erkennbar. Steuererhöhungen werden so sicher kommen wie das Amen in der Kirche.

Sonderkonjunktur Bau

Die Bau- und Ausbauwirtschaft ist bisher weitgehend ungeschoren durch die Corona-Krise gekommen. Der ifo-Indikator zur aktuellen Lage im Bauhauptgewerbe ist im September auf den höchsten Wert seit März gestiegen. Von Januar bis Juli 2020 kletterten die Umsätze – gegenüber dem Vorjahreszeitraum – um 4,9 %, während sich die Zahl der Beschäftigten nur um 1,5 % erhöhte. Das Statistische Bundesamt kommentiert ebenso trocken wie zutreffend: „Wesentliche Effekte der Corona-Pandemie auf Umsatz und Beschäftigung im Bauhauptgewerbe konnten nicht beobachtet werden.“ Das schlägt sich auch bei den Baugenehmigungen nieder, die in den ersten sieben Monaten um 5,6 % zugelegt haben.

Wohnimmobilien-Preise fast verdoppelt

Die anhaltend hohe Nachfrage zeigt sich auch an den Preisen für Wohnimmobilien, die sich im zweiten Quartal 2020 – gegenüber dem Vorjahreszeitraum – um durchschnittlich 6,6 % verteuert haben. Auch Bauland ist in Deutschland so teuer wie nie zuvor. War ein Quadratmeter 2009 im Bundesdurchschnitt noch für 122 Euro zu haben, so stiegen die Baulandpreise bis 2019 auf fast 190 Euro. Dabei entwickeln sich die Preise regional und lokal höchst unterschiedlich. So kostete ein Quadratmeter Bauland in Berlin 2019 durchschnittlich 1328 Euro und war damit 26-mal teurer als in Thüringen, wo knapp 50 Euro pro qm zu berappen waren. Grundsätzlich steigen die Kaufwerte mit der Gemeindegröße. In Kommunen mit weniger als 2000 Einwohnern wurden gemittelt 64 Euro bezahlt, während in den 14 größten Städten mit mindestens 500.000 Einwohnern 1128 Euro anfielen. Auch die Quadratmeterpreise für Eigentumswohnungen kennen hierzulande nur noch eine Richtung. In deutschen Großstädten waren im zweiten Quartal 2020 – im Median – 2921 Euro auf den Tisch zu blättern.

Damit haben sich die Preise gegenüber dem Level von 2012 (=1500 Euro) fast verdoppelt. Das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut prognostiziert einen weiter anhaltenden Preisanstieg „bis mindestens 2030.“

SHK-Handwerk: Situation „gut bis sehr gut“

Wenn der Bau – trotz Wirtschaftskrise – prosperiert, überwiegt auch in der Haustechnik-Branche die gute Stimmung. So wurde die Situation der NRW-Fachbetriebe auf der Mitgliederversammlung am 1. Oktober in Düsseldorf als allgemein „gut bis sehr gut“ eingeschätzt. Das SHK-Handwerk habe sich als krisensicher bewährt. Zu beobachten sei eine Image-Verbesserung, die ein besseres Ansehen bei Endkunden und Jugendlichen bewirke. Dieser erfreuliche Trend führe mancherorts bereits zu deutlich steigenden Azubi-Zahlen. Die pandemische Betroffenheit ist dagegen bei der exportaktiven Industrie deutlich stärker ausgeprägt. So melden die deutschen Hersteller von Gebäudearmaturen für das erste Halbjahr 2020 einen starken Einbruch im Auslandsgeschäft um 9 %. Auf wichtigen Exportmärkten wie Großbritannien, den USA, Italien und Frankreich waren Umsatzeinbußen von deutlich über 20 % zu verkräften. Das hat dazu geführt, dass der Gesamtumsatz der Hersteller im ersten Halbjahr um 3 % zurückgegangen ist, obwohl der Inlandumsatz noch 3 % zulegen konnte. Insgesamt hat die SHK-Branche allen Anlass, um mit Zuversicht in das neue Jahr durchzustarten. Allenfalls ein erneuter Lockdown könnte dieses positive Szenario verhindern. Ansonsten ist dem ZVSHK-Präsidenten Michael Hilpert zuzustimmen, der die Lage so auf den Punkt bringt: „In der Corona-Pandemie hat unser Handwerk bewiesen, dass sich seine Kunden und seine Marktpartner auf die SHK-Betriebe verlassen können. Der nationale SHK-Markt hat sich bisher weitestgehend stabil gezeigt. Diese positive Entwicklung gilt es, in das nächste Jahr mitzunehmen“.

Baumärkte: Boom in der Krise

Zu den Gewinnern der Pandemie gehören die Baumärkte, die vom allgemeinen Cocooning-Trend massiv profitiert haben. So konnte Hornbach seinen Netto-Umsatz im ersten Halbjahr 2020 um 20,6 % auf 2,95 Mrd. Euro steigern. Die gesamte deutsche DIY-Branche hat umsatzmäßig um 15,6 % zugelegt. Zurückzuführen ist das überproportionale Wachstum auf die Neigung der Heimwerker, das Mehr an Freizeit und Geld zur Verschönerung des Zuhauses zu nutzen. Ein Minus gab es nur bei zwei der insgesamt 22 Sortimentsbereiche: den Produktfeldern Automotive und Technik/Unterhaltung. Branchenexperten rechnen mit einem andauernden, sich allenfalls leicht abkühlenden Baumarkt-Boom über dieses Jahr hinaus.

Gegen planwirtschaftliche Bevormundung

Der CDU-Parlamentskreis Mittelstand hat einen von 72 Bundestagsabgeordneten unterzeichneten Forderungskatalog gegen planwirtschaftliche Bevormundung vorgelegt. Mit Blick auf den Koalitionspartner SPD wird die eigene Fraktionsführung darin vor einer „Belastungs- und Bevormundungsorgie“ gewarnt. Weiter heißt es: „Wenn wir gut aus dieser Krise kommen wollen, brauchen wir eine starke, handlungsfähige Wirtschaft und keine gegängelten, bevormundeten und dauerhaft subventionierten 'VEBs', die in erster Linie der Erfüllung staatlicher Allmachtsansprüche zu dienen haben.“